



## Antagonismen in der Nachbarschaft der Europäischen Union

Die EU, Russland, die Türkei, Iran und Saudi-Arabien  
ringen um Einfluss in ihrer gemeinsamen Nachbarschaft



# Antagonismen in der Nachbarschaft der Europäischen Union

Die EU, Russland, die Türkei, Iran und  
Saudi-Arabien ringen um Einfluss in ihrer  
gemeinsamen Nachbarschaft

Michael Bauer, Wilfried Jilge, Christian Koch, Stefan Meister,  
Almut Möller, Adnan Tabatabai und Erdal Yalcin

## **Impressum**

© August 2018 Bertelsmann Stiftung  
Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Str. 256  
33311 Gütersloh  
www.bertelsmann-stiftung.de

## **Verantwortlich/Redaktion**

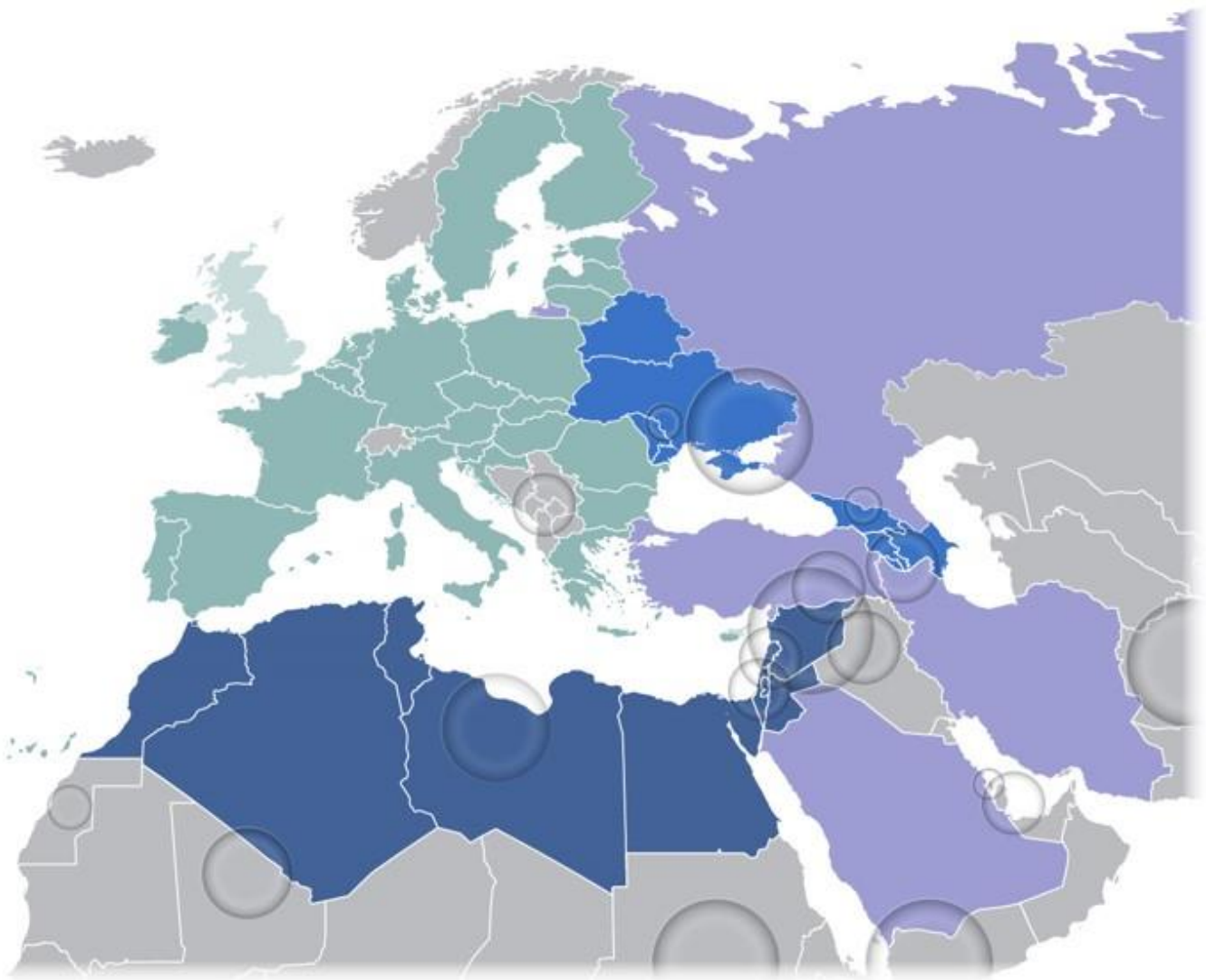
Christian-P. Hanelt, Miriam Kosmehl

## **Autoren**

Michael Bauer, Experte für internationale Beziehungen des Nahen Ostens, MEIA Research; Wilfried Jilge, Osteuropa-Experte, Berlin; Dr. Christian Koch, Experte für die arabischen Golfstaaten, Gulf Research Center; Dr. Stefan Meister, Osteuropa-Experte, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik; Almut Möller, Europa-Expertin, European Council on Foreign Relations; Adnan Tabatabai, Iran-Experte, Center for Applied Research in Partnership with the Orient; Prof. Dr. Erdal Yalcin, Wirtschafts- und Türkei-Experte, Konstanz University of Applied Sciences

**Titelbild:** Montage: © phonlamaiphoto; dikobrazik - stock.adobe.com

DOI 10.11586/2018051 <https://doi.org/10.11586/2018051>



## Nachbarn der Nachbarn

- **EU 28/27**
- **Einflussreiche Nachbarstaaten** Iran, Russland, Saudi-Arabien, Türkei
- Werte- und Interessenkonflikte**
- **Östliche Partnerschaft** Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine, Weißrussland
- **Südliche Nachbarschaft** Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien, Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem und Gazastreifen

# Inhalt

<b>Die Projektinitiative „Schlüsselstaaten“ – Eine Einführung .....</b>	<b>6</b>
<b>1 Strategische Zielsetzungen, außenpolitische Interessen und Werte der Schlüsselstaaten.....</b>	<b>7</b>
1.1 Russland als globale Macht.....	7
1.2 Türkei: Zentralmacht und EU-Beitrittskandidat.....	8
1.3 Iran: Modernisierungsdruck und regionaler Einfluss .....	9
1.4 Saudi-Arabien: Grundlegender Wandel in Innen- und Außenpolitik .....	10
<b>2 Verbindungen und Interdependenzen, Konflikte und Kooperationen zwischen den Schlüsselstaaten .....</b>	<b>11</b>
2.1 Die türkisch-iranischen Beziehungen .....	11
2.2 Die iranisch-russischen Beziehungen .....	12
2.3 Die iranisch-saudischen Beziehungen .....	13
2.4 Die türkisch-russischen Beziehungen .....	14
2.5 Die saudisch-türkischen Beziehungen .....	15
2.6 Die saudisch-russischen Beziehungen .....	15
<b>3 „Die Nachbarn der Nachbarn der EU“: Herausforderungen für die EU und ihre Mitgliedstaaten .....</b>	<b>18</b>
<b>Anhang: Daten zu Schlüsselstaaten.....</b>	<b>22</b>

## Die Projektinitiative „Schlüsselstaaten“ – Eine Einführung

Bei der Verfolgung ihres Ziels, einen Ring stabiler Staaten im Osten und Süden ihrer Grenzen von Weißrussland bis Marokko aufzubauen, muss die Europäische Union anerkennen, dass ihre Gestaltungsspielräume in ihrer Nachbarschaft enger geworden sind. Insbesondere vier Staaten spielen eine aktive Rolle: Russland, die Türkei, Iran und Saudi-Arabien. Sie üben direkten Einfluss auf die Nachbarländer der EU aus, von denen geographisch gesehen viele auch ihre unmittelbaren Nachbarn sind. In der Gesamtperspektive können aus europäischer Sicht diese vier großen Länder auch als „Nachbarn der Nachbarn der EU“ und „Schlüsselstaaten“ in Bezug auf die EU-Nachbarschaft bezeichnet werden.

Die Regierungen dieser vier Schlüsselstaaten nutzen ihre Macht, um die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der gemeinsamen Nachbarschaft entsprechend ihren eigenen außenpolitischen Grundsätzen und Normen zu gestalten. Ihre Zielsetzungen sind dabei nicht mit den Stabilisierungs- und Transformationsaktivitäten der Europäischen Union im Einklang. Daher hängt der Erfolg der EU-Politik in ihren Nachbarschaftsregionen in zunehmendem Maße von einem besseren Verständnis der Interessen und Werte dieser vier Staaten ab, sowie von den Schlussfolgerungen, die Brüssel und die EU-Mitgliedstaaten aus diesen Erkenntnissen für eigene Politikstrategien gewinnen. Handlungsspielräume ergeben sich für europäische Nachbarschaftspolitik auch aus den Interaktionen der Schlüsselstaaten untereinander.

Zu diesem Zweck hat das Europa-Programm der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des Projekts "Strategien für die EU-Nachbarschaft" eine Strategiegruppe gebildet, die sich aus unabhängigen Expertinnen und Experten zusammensetzt, welche jeweils über fundiertes Fachwissen zu diesen vier relevanten Staaten, internationalen Beziehungen und europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik verfügen. Das sind im Einzelnen:

- Michael Bauer, Experte für internationale Beziehungen des Nahen Ostens, MEIA Research
- Christian-P. Hanelt, Nahost-Experte, Bertelsmann Stiftung
- Wilfried Jilge, Osteuropa-Experte, Berlin
- Dr. Christian Koch, Experte für die arabischen Golfstaaten, Gulf Research Center
- Miriam Kosmehl, Osteuropa-Expertin, Bertelsmann Stiftung
- Dr. Stefan Meister, Osteuropa-Experte, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Almut Möller, Europa-Expertin, European Council on Foreign Relations
- Adnan Tabatabai, Iran-Experte, Center for Applied Research in Partnership with the Orient
- Prof. Dr. Erdal Yalcin, Wirtschafts- und Türkei-Experte, Konstanz University of Applied Sciences

Die Mitglieder der Strategiegruppe nehmen als Privatpersonen teil. Die im vorliegenden Papier ausgedrückten Meinungen geben deshalb nicht notwendigerweise die Meinung der Institutionen wieder, denen die einzelnen Mitglieder angehören.

Die Strategiegruppe beschränkt sich bewusst zunächst auf die vier genannten Schlüsselstaaten. Sie sind Nachbarn der von der ENP bisher abgedeckten EU-Nachbarschaft und verfügen aufgrund ihrer geographischen Nähe und ihrer Geschichte über direktere Einflussmöglichkeiten als die USA und China. Hierbei kann nicht übersehen werden, dass gerade die Rolle Chinas mit seiner „Seidenstraßen-Politik“ *One Belt One Road* und seinem Dialogformat „1+16“ (China plus fünf Länder des Westbalkans und elf EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa, ohne die EU) in diesem Raum deutlich gewachsen ist.

### Der vorliegende Überblick beantwortet drei Leitfragen:

1. Welche strategischen Ziele verfolgen die Schlüsselstaaten Russland, Türkei, Iran und Saudi-Arabien, und welche Interessen und Werte sind dabei für sie auf internationaler Ebene und gegenüber der EU handlungsleitend?
2. Welche Verbindungen und Interdependenzen bestehen zwischen den vier Schlüsselstaaten?
3. Welche ersten Schlussfolgerungen lassen sich aus den Interessens-, Beziehungs- und Akteurs-Konstellationen der Schlüsselstaaten für die europäische Politik ziehen?

# 1 Strategische Zielsetzungen, außenpolitische Interessen und Werte der Schlüsselstaaten

**Sozioökonomische, politische und sicherheitspolitische Eckdaten sind in gesonderten Tabellen 1-3 im Anhang zu finden.**

## 1.1 Russland als globale Macht

Die russische Führung stellt die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ausgehandelte Sicherheitsordnung in Europa in Frage und möchte ihre Rolle als große internationale Macht neu verstanden wissen. Dabei schauen die russischen Eliten im Sinne des Neo-Realismus auf die globale Ordnung: Große Staaten sind souveräner als kleine Staaten, nur Staaten ohne Alliierte sind tatsächlich souverän, in den internationalen Beziehungen kann es nur „win-lose“ aber nicht „win-win“ geben, Interdependenz schafft Abhängigkeiten und schwächt die eigene Handlungsfähigkeit. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN/UN) ist das einzige Gremium, das über internationale Belange entscheiden kann. Moskau wünscht sich im Sinne des Wiener Kongresses ein Konzert großer Mächte, die über internationale Fragen und Krisenlösungen entscheiden. Hier steht das russische Ordnungsmodell dem Deutschlands und der EU diametral gegenüber. Die EU hat ein Interesse, die multilateralen Institutionen zu stärken und die internationalen Beziehungen zu verrechtlichen – so dass nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern die „Stärke des Rechts“ gilt.

Der Dreh- und Angelpunkt russischen außenpolitischen Denkens ist der sogenannte „Westen“ und damit die USA und ihre Verbündeten. Ihr Handeln und Nichthandeln beeinflussen den außenpolitischen Spielraum der russischen Führung. Sie schließen oder öffnen Räume, die Moskau immer geschickter zur Durchsetzung seiner Interessen nutzt. In diesem Kontext werden die „Farbenrevolutionen“ in den postsowjetischen Staaten sowie der „Arabische Frühling“ als maßgeblich von den USA und ihren Verbündeten inszenierte und unterstützte Entwicklungen interpretiert, mit dem Ziel, stabile aber autoritäre Führungen zu stürzen. Der Sturz von Saddam Hussein 2003 im Irak und Muammar al-Gaddafi 2011 in Libyen waren Schocks für die russischen Machteliten. Präsident Putin hat sich selbst als mögliches Opfer einer solchen, von den USA geführten "Destabilisierungspolitik" im Nahen Osten gesehen. Auch aus diesem Grund griff Putin 2015 in den Syrienkrieg ein, um einen Sturz von Machthaber Bashar al-Assad zu verhindern. Weitere vom Kreml für die Intervention genannte Motive sind, eine zunehmende Destabilisierung in der Nahost-Region zu verhindern und einer Ausbreitung des radikalen Islamismus in den post-sowjetischen Raum entgegenzuwirken.

Der souveränen Entscheidung der Ukraine gegen die von Moskau dominierte und als Gegengewicht zur Europäischen Union aufgestellte Eurasische Union hatte der Kreml nichts entgegenzusetzen. Russland besitzt nicht die Art von „soft power“, um tatsächlich ein attraktives und alternatives politisches Ordnungskonzept international und in seiner eigenen Nachbarschaft präsentieren zu können. Insbesondere die russische Wirtschaft ist hierfür zu schwach. Nach einer mehrjährigen Phase der Rezession, die 2015 und 2016 sogar zu einem Schrumpfen der russischen Wirtschaft führte, verzeichnete das Land 2017 aber immerhin wieder ein reales Wirtschaftswachstum von 1,55 Prozent. Das ist jedoch zu wenig für ein Land, dessen Wirtschaft eher der eines Schwellenlandes entspricht und das ein ähnliches Bruttoinlandsprodukt wie Italien hat. Die zentrale Machtressource Russlands ist letztlich die eigene „hard power“, die sich an dem Besitz von Nuklearwaffen und der Bereitschaft festmachen lässt, tatsächlich militärisch einzugreifen, sowie an Russlands Bedeutung als wichtiger Waffen- und Energieexporteur.

## 1.2 Türkei: Zentralmacht und EU-Beitrittskandidat

Die Türkei ist derjenige Schlüsselstaat, der am engsten wirtschaftlich und politisch mit der EU verknüpft ist. Als einziges der vier Länder ist die Türkei Mitglied der Nato und hat den Status eines EU-Beitrittskandidaten, wenngleich derzeit keine Beitrittsperspektive mehr zu bestehen scheint. Die politischen Beziehungen zwischen Ankara und den europäischen Hauptstädten sind erheblich abgekühlt, wobei beide Parteien der jeweils anderen Seite die Schuld an dieser Entwicklung geben.

Im Zuge der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei haben sich ab 2009 die außenpolitischen Prioritätensetzungen zwischen Brüssel und Ankara voneinander entfernt. Auch die seit 1996 bestehende Mitgliedschaft in der Zollunion mit der EU wird in der Türkei zunehmend kritisch gesehen, da Ankara türkische Außenhandelsinteressen nur unzureichend in den Verhandlungen der EU-Kommission zu Handelsabkommen mit Drittstaaten berücksichtigt sieht. So möchte die türkische Regierung die Zollunion auch auf Agrargüter, Dienstleistungen und öffentliche Ausschreibungen erweitern. Doch die EU hat Ende Juni 2018 beschlossen, mit der Türkei in diesen Zeiten keine Vertiefung der Zollunion zu verhandeln. Begründet wird dies mit (1) der Verletzung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Prinzipien und (2) dem Umbau des parlamentarischen Regierungssystems durch Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine regierende AK-Partei in ein stark ausgeprägtes Präsidialsystem. Rund um das Referendum zur Einführung des Präsidialsystems benutzte Präsident Erdogan eskalierende Rhetorik, um türkische bzw. türkischstämmige Exil-Gemeinschaften in Europa an die Türkei zu binden. Auch dies hat zur Abkühlung bilateraler Beziehungen der Türkei mit einigen EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland, den Niederlanden und Frankreich beigetragen.

Nichtsdestotrotz ist die türkische Wirtschaft stark import- und exportorientiert und auf Zugang zu internationalen bzw. regionalen Märkten angewiesen. Deshalb richtet die Führung in Ankara ihre Außenpolitik mehr und mehr auf Länder aus, aus denen preiswert Energie importiert, Investitionen angelockt und in die türkische Produkte exportiert werden können. Ferner ist die Türkei aufgrund ihrer geographischen Lage ein strategisches Transitland für Öl- und Gaslieferungen zwischen der EU und den Ländern des Kaukasus, des Nahen Ostens und Russlands. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Türkei unter der AKP-Regierung trug erheblich zum politischen Erfolg Präsident Erdogans bei. Umso problematischer ist der massive Anstieg der Inflationsrate (von 9 Prozent in 2016 auf über 15 Prozent in 2018), die der Wirtschaft und den Verbrauchern in der Türkei Probleme bereitet. Der dramatische Kurssturz der türkischen Lira an den internationalen Finanzmärkten im August 2018 verschärft die Lage weiter.

Sicherheitspolitisch sieht sich die Türkei mit einer instabilen Lage in ihrer südlichen Nachbarschaft konfrontiert. Im Zuge des syrischen Bürgerkriegs suchten rund 3,5 Millionen Syrerinnen und Syrer Schutz in der Türkei, wodurch sich das Land vor erhebliche politische und sozioökonomische Herausforderungen gestellt sieht. Nach dem Zusammenbruch des türkisch-kurdischen Friedensprozesses 2014 in der Türkei, dem Erstarken kurdischer Autonomiebestrebungen in Nord-Syrien seit 2015, sowie dem Staatlichkeits-Referendum im kurdischen Nord-Irak 2017, tritt Ankara kurdischen Bestrebungen nach staatlicher Eigenständigkeit im Mittleren Osten entschlossen und auch militärisch entgegen. Besonders die internationale Aufwertung der syrischen und irakischen Kurdenmilizen, die erfolgreich die rasante Ausbreitung des sogenannten „Islamischen Staates (IS)“ militärisch verhinderten und in der Folge Geländegewinne erzielten, beobachtet Ankara mit großer Sorge. Die türkische Militärintervention und Besetzung nordsyrischer Territorien sowie türkische Militäroperationen im Nord-Irak folgen dieser „Eindämmungs“-Strategie.

Darüber hinaus sieht sich die Türkei mehr und mehr in der Rolle einer „Zentralmacht“ im Nahen und Mittleren Osten. Dieser Ambition folgt die Errichtung von Militärstützpunkten in Katar und auf einer sudanesischen Insel im Roten Meer. Als eine militärische Großmacht – auch innerhalb der Nato – hat die Türkei ihre Handlungsfähigkeit immer wieder unter Beweis gestellt; zudem modernisiert sie ihr Militär-Arsenal. Ankara wird damit zu einem immer wichtigeren Akteur in den zahlreichen regionalen Konflikten.



### 1.3 Iran: Modernisierungsdruck und regionaler Einfluss

Für die kompromissbereiten Kräfte in der iranischen Führung um Präsident Hassan Rouhani war das internationale Atomabkommen, welches das Land 2015 mit den Vetomächten des VN/UN-Sicherheitsrates, Deutschland und der EU (E3/EU+3 oder P5+1)<sup>1</sup> geschlossen hatte, wichtig, um die internationale Isolation zu überwinden und mit Europa und anderen internationalen Akteuren eine Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen einzuleiten. Nach Jahren der Sanktionen besteht ein hoher Modernisierungsbedarf in nahezu allen Bereichen der iranischen Wirtschaft. Die mehrheitlich junge, hoch gebildete Bevölkerung fordert die Öffnung gen Westen, nicht nur mit dem Blick auf den westlichen Lebensstil, sondern auch im Hinblick auf mehr Selbstverwirklichungsoptionen für den eigenen Berufs- und Lebensweg. Diese Hoffnungen sehen viele Iraner durch die sozioökonomischen Folgen der neuen Sanktionen infolge der Aufkündigung des Atomabkommens durch US-Präsident Donald Trump begraben. Dagegen erhalten die Hardliner in Iran Auftrieb; sie sehen internationale Vereinbarungen mit dem Westen stets kritisch und fühlen sich nach Präsident Trumps Entscheidung bestätigt, dass insbesondere den USA nicht zu trauen sei. Sie sind zudem überzeugt, dass eine Politik der Stärke die einzig sinnvolle sicherheitspolitische Strategie für Iran ist. Präsident Trumps Ende Juli überraschend verkündetem Gesprächsangebot indes misstrauen sowohl die Revolutionsgarden wie auch die moderaten Kräfte.

Die iranische Außen- und Sicherheitspolitik zeichnet sich durch eine grundlegende Ambivalenz aus: Einerseits sieht sich Iran in seiner territorialen und politischen Integrität bedroht, weil in der Vergangenheit Russland, Großbritannien und der Irak Iran militärisch angriffen bzw. der amerikanische Geheimdienst CIA gemeinsam mit dem britischen MI-6 1953 den demokratisch gewählten Premierminister Mohammed Mossadegh stürzte und das Schah-Regime installierte. Andererseits wird Iran teilweise international als revisionistische Kraft wahrgenommen, die versucht, den eigenen Einfluss massiv auszuweiten und die regionale Vorherrschaft anzustreben. Diese von vielen empfundene Doppeldeutigkeit tritt besonders deutlich in der iranischen Politik im Nahen und Mittleren Osten zutage, die nach eigener Wahrnehmung darauf abzielt, Rivalen und Feinde auf Distanz zu halten. In diesem Sinne defensiv betrachtet die Führung in Teheran sowohl ihr militärisches Engagement beim Kampf gegen den so genannten „Islamischen Staat“ im Irak und Syrien, als auch das militärische Eingreifen Irans auf Seiten des mit ihm verbündeten syrischen Regimes.

Von einer Reihe von Nachbarstaaten wird diese iranische Regionalpolitik jedoch als aggressiv und – vor allem von Israel sowie Saudi-Arabien – als bedrohlich wahrgenommen. Als problematisch gilt in erster Linie die Zusammenarbeit Irans mit nichtstaatlichen und paramilitärischen Akteuren: zuoberst mit der libanesischen Hisbollah und den Hashd al-Shaabi, den „Volksmobilisierungseinheiten (VME)“ im Irak. Iran unterstützt beide finanziell, politisch und mit Rüstungsgütern. Die Stärke dieser Einheiten schwäche staatliche Strukturen in den Ländern des Mittleren Ostens, kritisieren Beobachter. Dagegen argumentieren Teheraner Kreise, dass diese Kräfte schwache Staatlichkeit stützen könnten. An diesen Beispielen wird deutlich, wie unterschiedlich oder gar gegenläufig die Perspektiven sind.

Das wirtschaftliche Potenzial Irans als eines der erdöl- und erdgasreichsten Länder der Welt ist groß. Die hohen Inflations- und Arbeitslosenraten von 12,1 bzw. 13,1 Prozent, das im Vergleich zu den anderen Schlüsselstaaten niedrige BIP/pro Kopf in Höhe von 5.305 USD und das, gemessen an der niedrigen Basis, ebenfalls geringe und zudem massiv rückläufige reale Wirtschaftswachstum von 3,46 Prozent, zeigen jedoch, wie groß der Modernisierungsdruck für die iranische Wirtschaft ist. Die Schwäche der Wirtschaft steigert die soziale Unzufriedenheit vieler Bevölkerungsgruppen. In einigen Provinzen finden Streiks und Demonstrationen statt. Dies führt dazu, dass auch Teile der Bevölkerung Irans Regionalpolitik im öffentlichen Diskurs immer wieder als zu kostspielig kritisieren.

---

<sup>1</sup> Die Abkürzung „E3/EU+3“ bezeichnet die Staatengruppe Vereinigtes Königreich, Frankreich, Deutschland plus die Vereinigten Staaten, Russland und China sowie die Hohe Repräsentantin der EU. Sie wurde im Zusammenhang mit den diplomatischen Aktivitäten gegenüber Iran geprägt. „P5+1“ bezieht sich auf dieselbe Staatengruppe, dabei die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland benennend.

## 1.4 Saudi-Arabien: Grundlegender Wandel in Innen- und Außenpolitik

Die machtpolitische Architektur Saudi-Arabien befindet sich derzeit in einer Übergangsphase, in der eine neue Generation von Prinzen dabei ist, die ältere Generation zu ersetzen, die seit der Gründung des modernen Königreichs regiert. König Salman Bin Abdulaziz Al-Saud ist der letzte der Söhne des Staatsgründers, der den Thron innehat. Mit dem Kronprinzen Mohammed Bin Salman, König Salmans Sohn, folgt eine Generation, die einen ambitionierten und weniger auf Konsens ausgerichteten Politikstil betreibt. Innenpolitisch liegt das sozioökonomische Reformprogramm „Saudi Vision 2030“ vor, das nicht nur die Wirtschaftsbasis des Königreichs grundlegend verändern soll, sondern ebenso den Gesellschaftsvertrag aufkündigt. Dieser gründete Stabilität nach innen auf Subsidien und Steuerbefreiung für alle Bürger. Nach außen fühlt sich die neue Führungsgeneration nicht mehr an die traditionelle, einvernehmliche und zurückhaltende Außenpolitik gebunden. Besonders dramatische Auswirkungen hat die Neuausrichtung der saudischen Sicherheitspolitik im Jemen, wo das Königreich seit 2015 eine Militärintervention anführt, die auf Seiten des jemenitischen Präsidenten Hadi in den Bürgerkrieg mit den – angeblich von Iran unterstützten – Houthi-Rebellen eingreift.

Aus Sicht der neuen Führung in Riad gibt es keine Alternative zu dieser strategischen Neuausrichtung, da sich die geostrategische Lage im Nahen Osten seit dem Einmarsch der USA in den Irak ab 2003 und mit den Umbrüchen infolge des „Arabischen Frühlings“ ab 2011 für Saudi-Arabien katastrophal verändert hat. Das saudische Königshaus musste mit ansehen, wie Iran seinen Einfluss in der Region stetig und größtenteils zu Lasten Riads ausbauen konnte. Etablierte Verbündete wie der ägyptische Präsident Mubarak stürzten innerhalb weniger Wochen. Zusätzlich sieht Riad Iran durch das – von US-Präsident Trump im Mai 2018 aufgekündigte – internationale Atomabkommen gestärkt, weil es eine internationale Rehabilitation Irans einleitete, die Teherans strategische und politische Ambitionen und Einflussmöglichkeiten beförderte. Riad wirft Teheran vor, Konflikte wie den syrischen Bürgerkrieg und den Krieg im Jemen, sowie die instabile Lage in Ländern wie dem Irak und dem Libanon auszunutzen, um Irans politischen Einfluss durch direktes militärisches Engagement und/oder über die Stärkung lokaler Verbündeter bzw. Milizen (sogenannter „Proxies“) auszubauen.

Gegenüber Iran fühlte sich das Königreich insbesondere unter der Obama-Regierung von den USA im Stich gelassen. Der Fracking-Boom in Nordamerika machte die USA zudem zu einem potenziellen Wettbewerber Saudi-Arabien auf den internationalen Energiemärkten. Während Saudi-Arabien den Schutzschirm der USA für die eigene Sicherheit noch als essentiell betrachtet, ist Riad gleichzeitig bestrebt, seine strategischen Optionen auszuweiten. Saudi-Arabien ist zwar bemüht, das Verhältnis zu US-Präsident Trump nach der Entfremdung unter der Präsidentschaft Obamas wieder zu verbessern, doch sehen saudische Politiker die Unberechenbarkeit und den Transaktionscharakter des politischen Handelns der Trump-Regierung als problematisch an. Saudi-Arabien kann es sich nicht leisten, mit den USA wie gewohnt weiterzumachen, so die Devise vieler in Riad.

Gemessen an der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung steht Saudi-Arabien besser da als die anderen drei Schlüsselstaaten. Das Land ist einer der zentralen Spieler im internationalen Energiesektor. Allerdings wird an dem seit 2015 andauernden negativen Wirtschaftswachstum (2017 = -0,74 Prozent) deutlich, dass dem Königreich die nachhaltige wirtschaftliche Dynamik fehlt. Der Grund: Noch besteht eine zu starke Abhängigkeit der saudischen Wirtschaft von Erdölexporten. 90 Prozent der Einnahmen des Landes werden durch Erdöl erwirtschaftet. Es ist eine offene Frage, ob die Reformagenda „Saudi Vision 2030“ des Kronprinzen Mohammed Bin Salman die gewünschten Effekte zeigen und die saudische Wirtschaft effizienter und unabhängiger von Erdöl und Erdgas machen wird. Der momentane Kurs von politischem Zentralismus und ökonomischer Dezentralisierung weist jedenfalls eine Reihe von Gegensätzen auf, mit denen sich Riad in der nahen Zukunft konfrontiert sehen wird.

Saudi-Arabien nimmt mit Blick auf die absoluten und relativen Militärausgaben einen internationalen Spitzenplatz ein. Über konstant hohe Ausgaben für Waffenimporte modernisiert Riad nicht nur das eigene militärische Arsenal, sondern betreibt auch die Konsolidierung bestehender und den Aufbau neuer Allianzen. So wurden mit US-Präsident Trump bei dessen Staatsbesuch 2017 saudische Waffenkäufe in den USA in Höhe von bis zu 350 Mrd. USD vereinbart. In Russland möchte Riad das hochmoderne Luftabwehrsystem S-400 und weitere Rüstungsgüter erwerben.

## 2 Verbindungen und Interdependenzen, Konflikte und Kooperationen zwischen den Schlüsselstaaten

Das Verhältnis der EU zu diesen vier Schlüsselstaaten in ihrer Nachbarschaft ist durch zahlreiche Herausforderungen geprägt. Aber auch die Beziehungen Russlands, der Türkei, Saudi-Arabiens und des Iran untereinander sind durch ein komplexes Geflecht aus Kooperationen und Konflikte gekennzeichnet. Insbesondere in den drei Regionen Balkan, östliche EU-Nachbarschaft und Mittelmeerraum/Golfregion rivalisieren die Schlüsselstaaten um Ressourcen, Macht und Einfluss nicht nur mit der EU, sondern auch untereinander. Ihre Beziehungen sind von Real- und/oder Machtpolitik, sowie auch von Misstrauen geprägt. Kenntnis und Analyse der wechselnden Allianzen und Rivalitäten eröffnen der EU die Möglichkeit, außen- und sicherheitspolitische Spielräume im Umgang mit den Schlüsselstaaten zu nutzen.

### Matrix der Interessen und Themen

	Russland mit	Türkei mit	Iran mit	Saudi-Arabien mit
<b>Russland</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handel / Energiesektor</li> <li>▪ Syrien / Kurden</li> <li>▪ Kaukasus</li> <li>▪ Schwarzmeerregion</li> <li>▪ Balkan</li> <li>▪ Waffenkäufe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Iranisches Atomabkommen</li> <li>▪ VN-Sicherheitsrat</li> <li>▪ Syrien</li> <li>▪ Handel / Energiesektor</li> <li>▪ Waffenkäufe</li> <li>▪ Kaukasus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ölpreis / Fördermengen</li> <li>▪ Iranisches Atomabkommen</li> <li>▪ Syrien</li> <li>▪ Waffenkäufe</li> </ul>
<b>Türkei</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handel / Energiesektor</li> <li>▪ Syrien</li> <li>▪ Kaukasus</li> <li>▪ Schwarzmeerregion</li> <li>▪ Distanz zu USA / Nato</li> <li>▪ Waffenexporte</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handel</li> <li>▪ Energiesektor</li> <li>▪ Syrien</li> <li>▪ Irak</li> <li>▪ Kaukasus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Syrien</li> <li>▪ Muslim-Brüder / Katar</li> <li>▪ Handel</li> <li>▪ Irak</li> </ul>
<b>Iran</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Syrien</li> <li>▪ Iranisches Atomabkommen</li> <li>▪ Handel / Energiesektor</li> <li>▪ Waffenexporte</li> <li>▪ Kaukasus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handel / Energiesektor</li> <li>▪ Syrien / Kurden</li> <li>▪ Irak / Kurden</li> <li>▪ Iranisches Atomabkommen</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Jemen, Bahrain, Katar, Syrien, Libanon, Irak</li> <li>▪ Gegensatz Sunniten-Schiiten</li> <li>▪ Iranisches Atomabkommen</li> <li>▪ Wallfahrtsregelungen</li> </ul>
<b>Saudi-Arabien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ölpreis / Fördermengen</li> <li>▪ Waffenexporte</li> <li>▪ Iranisches Atomabkommen</li> <li>▪ Syrien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handel / Energiesektor</li> <li>▪ Syrien / Kurden</li> <li>▪ Katar / Muslim-Brüder</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Amerikanisch-israelisch-saudische Allianz</li> <li>▪ Wallfahrtsregelungen</li> <li>▪ Ölpreis / Fördermengen</li> </ul>	

### 2.1 Die türkisch-iranischen Beziehungen

Das türkisch-iranische Verhältnis hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als weitgehend "konfliktimmun" erwiesen und ist durch anhaltende Realpolitik gekennzeichnet.

Politische Differenzen hat es immer wieder gegeben – besonders mit Blick auf den Syrienkonflikt. Diese wurden in beiden Hauptstädten offen und explizit ausgesprochen. Doch weder auf politischer noch auf gesellschaftlicher Ebene besteht ein Resonanzkörper für eine Rhetorik, die eine zugespitzte Rivalität oder gar Feindschaft heraufbeschwören könnte. Die traditionell stabilen Handelsbeziehungen, das visumsfreie Reisen, die lange gemeinsame Grenze und die Tatsache, dass etwa 40 Prozent der iranischen Bevölkerung türkische Dialekte sprechen, bilden eine solide gesellschaftliche Basis, die bis in die politischen Eliten hinein keine intensiven Konflikte aufkommen zu lassen scheint.

Iran gehörte zu den ersten Staaten, die sich nach dem Militärputsch von 2016 demonstrativ auf die Seite der Erdogan-Regierung gestellt haben. Die seit Juni 2017 eskalierte Krise um das arabische Golf-Emirat Katar hat die Länder überdies näher zusammengeführt – beide profitieren von katarischen Investitionen. Verbindend ist

auch die gemeinsame Ablehnung kurdischer Ambitionen nach mehr Staatlichkeit. Deutlich unterschiedliche Positionen bestehen indes mit Blick auf die Mittel zur Eindämmung kurdischen Machtzuwachses. Iran kritisiert den militärischen Einmarsch der Türkei in Nord-Syrien scharf.

Wirtschaftliche Interessen dominieren die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran. Insbesondere der Import von Öl und Gas aus Iran ist für die Türkei von großer Bedeutung, da das Land energieimportabhängig ist und ein erheblicher Teil des großen türkischen Handelsdefizites auf hohe Energieimporte zurückgeführt werden kann. Zudem hat die Türkei ein großes Interesse daran, das Exportgeschäft nach Iran auszubauen und die Teilhabe türkischer Unternehmen an iranischen Großprojekten zu sichern. Iran wiederum ist auf Absatzmöglichkeiten für seine Energieressourcen angewiesen und benötigt Partner und Investoren, die einen Beitrag zur Modernisierung der iranischen Wirtschaft leisten können. Diese wirtschaftspolitischen Ziele beider Staaten werden durch die Wiedereinführung umfassender amerikanischer Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran nach Aufkündigung des Atomabkommens erheblich behindert. Die Türkei hatte das internationale Atomabkommen mit Iran begrüßt, weil infolge des Wegfalls von Sanktionen eine rechtliche Basis für den Ausbau der türkisch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen geschaffen und aus Sicht Ankaras gleichzeitig die nuklearen Ambitionen Irans eingedämmt wurden.

## 2.2 Die iranisch-russischen Beziehungen

Das militärische Eingreifen Moskaus in den Syrien-Krieg bildet die wichtigste Grundlage für das enge Zusammenrücken Russlands und Irans. Gleichwohl ist das Verhältnis nicht frei von Widersprüchen; weder die Sowjetunion noch Russland gewannen jemals das Vertrauen Irans. Die Skepsis reicht bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurück, als russische Bomben das erste iranische Parlament zerstörten. Zwar verhinderte häufig das Veto Russlands eine VN/UN-Sicherheitsratsresolution gegen Iran, doch war auch nicht selten genug das Gegenteil der Fall. Schließlich trug die russische Stimme auch immer wieder zu Sanktionen gegen Iran bei. Darum spricht auch heute in Iran niemand von einer Allianz – trotz der gemeinsamen Syrienpolitik und der Unterstützung Moskaus für das Atomabkommen.

Jedoch sind seit Jahresbeginn 2018 Tendenzen für einen Ausbau der Beziehungen zu erkennen: Der iranische Verteidigungsminister Amir Hatami nahm an einer Moskauer Sicherheitskonferenz teil; die Bildungsminister beider Länder vereinbarten, Farsi als Fremdsprache in Russland und Russisch als Fremdsprache in Iran in die Curricula aufzunehmen; der konservative Kleriker und Rouhani-Herausforderer Ebrahim Raisi besuchte orthodoxe Geistliche in der russischen Stadt Kasan.

Russland will seine Militärbasen an der syrischen Mittelmeerküste mit geringerem Mitteleinsatz sichern. Flankiert wird Moskaus Nahostpolitik von Flexibilität und Pragmatismus, und dies spiegelt auch die russische Perspektive auf Iran wieder, gerade mit Blick auf den Krieg in Syrien: Mit Teheran eint Moskau die Ablehnung jeglicher Regime-Change-Politik und das Ziel, den Fortbestand des syrischen Regimes von Bashar al-Assad zu sichern. Ohne Iran und die libanesische Hisbollah-Miliz hätte Russland al-Assad nicht zum militärischen Durchbruch verhelfen können.

Bezüglich der Zukunft Syriens deuten sich jedoch Interessensunterschiede zwischen beiden Ländern an: Moskau favorisiert einen zentralistischen, säkularen und vom Militär dominierten Staat. An Machthaber al-Assad hält Moskau mittel- bis langfristig nicht zwingend fest. Dagegen setzen die iranischen Revolutionsgarden auf den Erhalt der Führung durch al-Assad, sowie auf eigene Milizen und Machtbasen. Da Iran entsprechend vor Ort in Syrien präsenter ist, kann Moskau nicht alle seine Interessen gegenüber Teheran durchsetzen.

Für Russland waren die Verhandlungen über das iranische Atomabkommen im Format E3/EU+3 (P5+1) eine Möglichkeit, die internationale Handlungsfähigkeit Moskaus unter Beweis zu stellen. Russische Firmen sind sowohl im Nuklearsektor wie auch bei der Erschließung von Erdöl- und Gasfeldern in Iran aktiv. Iran ist zudem wichtiger Abnehmer russischer Waffen – wenngleich Waffenhandel mit Iran auch nach dem Atomabkommen internationalen Kontrollen und Einschränkungen unterworfen war.

US-Präsident Trumps Iran-Politik wird ebenfalls helfen, die Verbindungen Teherans mit Moskau trotz Differenzen über die Zukunft Syriens weiter zusammenzuhalten. Russland will keinen nuklearbewaffneten Nachbarn Iran und ist daher an einer Aufrechterhaltung des Atomabkommens interessiert. Zudem fürchtet der Kreml, dass ein Ende des Abkommens die kompromissbereiten Kräfte Irans schwächen, die Hardliner das Nuklearprogramm unkontrolliert wieder anfahren und die expansive Regionalpolitik Irans intensivieren könnte. Dies würde in den Augen des Kreml die bilateralen Beziehungen verkomplizieren und die aktuelle russisch-iranische Zusammenarbeit in der Nahost-Region gefährden.

Auch die Führung in Teheran möchte das Abkommen retten, braucht hierfür jedoch Zugeständnisse von den anderen Vertragspartnern. Im Falle Russlands geht es für Iran darum, eine gewisse sicherheitspolitische Dividende zu erhalten – etwa das russische Veto im UN-Sicherheitsrat oder die Zusicherung, nicht zu sehr dem israelischen Druck im Syrienkonflikt nachgeben zu müssen.

Hier deuten sich Risse an: Vor dem Hintergrund der Gefahr einer Verschärfung des iranisch-israelischen Konflikts ist Moskaus militärische Kooperation mit Iran in Syrien nicht ohne Risiko. Zur russischen Gleichgewichtspolitik gehören auch gute Beziehungen zu Israel. Moskau möchte um jeden Preis einen Konflikt mit der Militärmacht Israel und die damit verbundenen finanziellen und militärischen Kosten vermeiden. Im Fall eines ausgeweiteten israelisch-iranischen Konflikts kann Moskau zwischen die Fronten geraten; dies aber würde der Autorität der vom Kreml angestrebten Rolle eines Mediators in der Region Schaden zufügen.

## 2.3 Die iranisch-saudischen Beziehungen

Einerseits ist Irans Blick auf Saudi-Arabien geprägt von einem tief verankerten Überlegenheitsgefühl, welches bis heute das iranische Bedrohungsempfinden gegenüber Saudi-Arabien eher geringhält. Geostrategisch sieht man sich auch im Vorteil, unter anderem im Jemen, wo Saudi-Arabien – nach Einschätzung Teherans – militärisch versagt, trotz hochgerüsteter Streitkräfte und der Unterstützung der USA und Großbritanniens. Auch die Isolation Katars hat das reiche Emirat aus dem saudischen Orbit in die Arme Irans getrieben, und der iranisch-katarische Handel ist seit Juni 2017 um über 100 Prozent angestiegen.

Andererseits wächst in Iran – besonders nach der Aufkündigung des Nuklearabkommens durch Washington – die Sorge, dass die saudische Führung in Person des Thronfolgers Mohammed Bin Salman ihre aus iranischer Sicht waghalsige Regionalpolitik weitertreibt. Teheran spricht von einer "unheiligen Allianz" von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Israel und dem anti-Iran eingestellten Team von US-Präsident Trump. Der Grund sind öffentliche Statements vieler Regierungsvertreter dieser Länder, die von Regime-Change-Politik gegenüber Iran sprechen. Man sorgt sich deshalb in Teheran, dass dies zu einer Destabilisierung in Iran führen könnte, bei der Geheimdienste der USA und Israels mit Hilfe Saudi-Arabiens und der Emirate gezielt für Chaos in Iran sorgen könnten. Die iranische Führung versucht diesem Risiko mit vermehrter Geheimdienst- und Polizeipräsenz entgegenzutreten.

Für Saudi-Arabien wiederum ist die Rivalität mit Iran eine sicherheitspolitische Konstante, die in den letzten Jahren allerdings erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Die Führung in Riad ist überzeugt, dass die gescheiterte amerikanische Nahostpolitik seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein 2003 für Iran die Tür geöffnet hat, seinen Einfluss regional zum direkten Nachteil des Königreichs auszuweiten. Aus der Perspektive Riads forciert Iran den Staatszerfall in Nahost durch seine Unterstützung von Milizen wie der Hisbollah im Libanon und Syrien, der Houthi-Rebellen im Jemen oder diverser schiitischer Gruppierungen und Paramilitärs im Irak. Dieser Entwicklung will Saudi-Arabien nicht tatenlos zusehen. Man sieht sich in Verteidigungsposition und rechtfertigt entsprechend militärisches Eingreifen in der Nachbarschaft. Am sichtbarsten interveniert Saudi-Arabien im Jemen, wo es die Houthi-Rebellen, die nach Einschätzung Riads militärische Unterstützung und Ausbildung aus Iran und von der libanesischen Hisbollah erhalten, daran hindern will, sich nach dem Vorbild der Hisbollah als Staat im Staate zu etablieren und den dauerhaften Staatszerfall des Jemen zu forcieren.

Die Unruhen in der Region sind aus Sicht des Königreichs nicht einfach das Ergebnis einer historischen Feindschaft mit Iran. In Riad herrscht vielmehr die Überzeugung, dass die iranische Politik sich hauptsächlich gegen die von den USA geführte regionale Ordnung richtet und Saudi-Arabien lediglich einen Teil dieser Ordnung darstellt. Saudi-Arabien ist zwar entschlossen, dem weiteren iranischen Vormarsch Schranken aufzuzeigen, es fürchtet aber auch eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und/oder Israel und Iran, in dessen Folge das Königreich in Mitleidenschaft gezogen würde. Auf die damit verbundenen Konsequenzen wäre Saudi-Arabien nicht vorbereitet, insbesondere, da so die Stabilität des Herrschaftssystems des Stammes der Al-Saud selbst in Gefahr geraten könnte. Der Mangel an Kommunikation über regionale Konfliktlinien hinweg trägt erheblich zu dem Risiko einer solchen Eskalation bei. Es kann vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen werden, dass Riad sich zukünftig auch wieder zu Dialogversuchen mit Teheran bereit zeigen wird.

## 2.4 Die türkisch-russischen Beziehungen

Die türkisch-russischen Beziehungen waren und sind alles andere als spannungsfrei, wenngleich sich insbesondere seit der Abkühlung der Beziehungen der Türkei zur EU und den USA vermehrt Anknüpfungspunkte ergeben.

In Syrien schlug sich die Türkei zunächst entschieden auf die Seite der Aufständischen, während Russland das Regime unterstützte. Ein Sturz des syrischen Machthabers Bashar al-Assad ist mittlerweile allerdings keine Priorität der türkischen Syrienpolitik mehr. Sie ist in erster Linie darauf ausgerichtet, die politischen und militärischen Ambitionen der Kurden in Nord-Syrien und Nord-Irak zu unterbinden. Die türkischen Militäroperationen in Nord-Syrien sind zumindest in Teilen mit Moskau abgestimmt. Während Ankara die Kurden zurückdrängen will, sind diese in Moskaus Nahostpolitik wichtige Akteure. Dass es in Syrien schnell zur Konfrontation kommen kann, zeigte der türkische Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges im November 2015. Nach Monaten der Eiszeit sehen sich beide Staaten gemeinsam mit Iran als zentrale externe Ordnungsmächte Syriens, die auch in der Lage sind, den Verhandlungsprozess der Vereinten Nationen in Genf mit eigenen diplomatischen Initiativen wie in Sotchi und Astana zu unterlaufen. Die verbesserten russisch-türkischen Beziehungen werden auch darin deutlich, dass das Nato-Mitglied Türkei das russische S-400 Luftabwehrsystem kauft (während Iran mit Rücksicht auf Israel nur die S-300 Systeme erhält).

Präsident Putins pragmatische Politik gegenüber der Türkei setzt eher auf Gemeinsamkeiten als auf Unterschiede. Moskau fragt nicht nach politischen und gesellschaftlichen Freiheiten in der Türkei; das steht in einem deutlichen Kontrast zur kritischen europäischen Haltung, mit der sich die türkische Führung konfrontiert sieht. Die russische Strategie der Flexibilität hat erfolgreich dazu beigetragen, die Türkei von ihren westlichen Verbündeten zu distanzieren. Ankara wiederum sieht in Russland eine strategische und wirtschaftliche Ergänzung zu den politischen Beziehungen zum Westen und der Zollunion mit der EU, die aus Sicht Präsident Erdogans hinter den wirtschaftlichen Erwartungen der Türkei zurückbleibt. Es mutet auch an, dass die türkische Regierung engere Beziehungen zu Russland sucht, um die westlichen Partner unter Druck zu setzen und Wünsche Ankaras u.a. bei den Streitthemen Kurden, Handel und Waffenmodernisierung stärker berücksichtigt zu wissen.

Zugleich intensivieren Russland und die Türkei auch die Zusammenarbeit im Energiebereich: Ab Ende 2019 soll über die TurkStream-Pipeline russisches Erdgas in die Türkei fließen. Perspektivisch streben Moskau und Ankara den Ausbau der Pipeline nach Südosteuropa an. Damit würde die Türkei ein wichtiges Transitland für russisches Gas nach Europa und so ihrem Ziel näherkommen, ein Energiehub zu werden. Russland würde für seine Energielieferungen via TurkStream in Kombination mit der NordStream2-Pipeline unabhängiger von den Transitländern Ukraine und Weißrussland werden.

## 2.5 Die saudisch-türkischen Beziehungen

Die saudisch-türkischen Beziehungen durchlaufen starke Schwankungen. Im Kontext des „Arabischen Frühlings“ fanden sich beide Staaten auf unterschiedlichen Seiten wieder: Saudi-Arabien sah in dem Sturz langjähriger Verbündeter wie der Präsidenten Ägyptens, Jemens und Tunesiens 2011 eine dramatische Schwächung etablierter außenpolitischer Partnerschaften in der arabischen Welt. Die Türkei hingegen positionierte sich als Unterstützer der Aufstandsbewegungen in Nordafrika und Nahost und ging dabei enge Beziehungen mit politischen Vertretern der islamistischen Muslim-Brüder ein, deren Ideologie in Saudi-Arabien und vor allem auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten als Bedrohung der Legitimationsgrundlagen der Herrschaftshäuser gesehen wird. Diese türkisch-saudische Konfliktlinie offenbarte sich beim Sturz des den Muslimbrüdern angehörenden ägyptischen Präsidenten Mursi im Sommer 2013. Sie verschärfte sich auch, weil die Türkei und Katar ihre Zusammenarbeit ausbauten, während Saudi-Arabien und die VAE das Emirat isolieren. So ist eine der saudischen Forderungen an Katar, die türkische Militärbasis in Doha aufzulösen. Kritisch sieht Saudi-Arabien auch die Ausweitung des türkischen militärischen Einflusses im Roten Meer direkt vor saudischer Haustür, wo Ankara auf einer sudanesischen Insel eine Militärbasis errichtet.

Zu Beginn des syrischen Bürgerkriegs indes fanden sich Saudi-Arabien und die Türkei auf der gleichen Seite wieder und unterstützten den Aufstand gegen Machthaber Bashar al-Assad. Beide waren gleichermaßen enttäuscht von der passiven Haltung der USA unter Führung des damaligen Präsidenten Obama und begannen ihrerseits, in Syrien Rebellengruppen zu unterstützen. Die Prioritäten der beiden Staaten haben sich in Syrien jedoch mittlerweile verschoben. Während Saudi-Arabien in erster Linie dem iranischen Einfluss in Syrien entgegenwirken will und nach wie vor einen Sturz Bashar al-Assads für wünschenswert hält, ist der Türkei zuvorderst daran gelegen, die politischen und strategischen Ambitionen der Kurden in Nord-Syrien einzudämmen. Hierbei ist Ankara auch darauf angewiesen, sich mit Russland und Iran, dem Konkurrenten Saudi-Arabiens, abzustimmen.

Trotz der schwierigen Beziehungen sollte die Wichtigkeit der Rolle der Türkei für Saudi-Arabien in der gesamtstrategischen Lage des Nahen Ostens nicht unterschätzt werden: Die Türkei ist wie Saudi-Arabien ein islamisch-sunnitisches Land und stellt aus Sicht Riads ein mögliches Gegengewicht zum schiitischen Iran und ein Bollwerk gegen dessen Expansionismus dar.

## 2.6 Die saudisch-russischen Beziehungen

Saudi-Arabien und Russland betreiben eine realpolitisch und wirtschaftlich motivierte Aufwertung ihrer bilateralen Beziehungen: Saudi-Arabien ist angesichts des Misstrauens gegenüber der US-Regierung an der Diversifizierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gelegen. An Moskau führt mit Blick auf dessen starke Rolle in der Nahostregion kein Weg vorbei. Wenngleich bzw. gerade weil Russland im Syrienkonflikt sowie in der saudisch-iranischen Rivalität jeweils auf der anderen Seite als Riad steht, besteht aus Sicht Saudi-Arabiens Klärungsbedarf. Das Königshaus sieht die Interessenskonstellationen in Moskau und in Teheran keineswegs als deckungsgleich. Man hofft, dass Russland mäßigend auf Irans regionale Ambitionen einwirken kann.

Ein wesentlicher Fokus der bilateralen Kooperation Moskau-Riad liegt auf wirtschaftlichem Gebiet und hier besonders im Ausbau der Energie-Kooperation. Seit 2016 stimmen sich Moskau und Riad bei der Regulierung der Erdölfördermengen ab, da beide Länder angesichts ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Lage von einem stabilen Ölpreis profitieren. Mit der Ankündigung, russische Waffen zu kaufen, wie das moderne russische Luftabwehrsystem S-400, verbindet Saudi-Arabien wirtschaftliche mit sicherheitspolitischen Aspekten. Gleichzeitig bleibt der Bezug westlicher, insbesondere amerikanischer, Militärgüter prioritär.

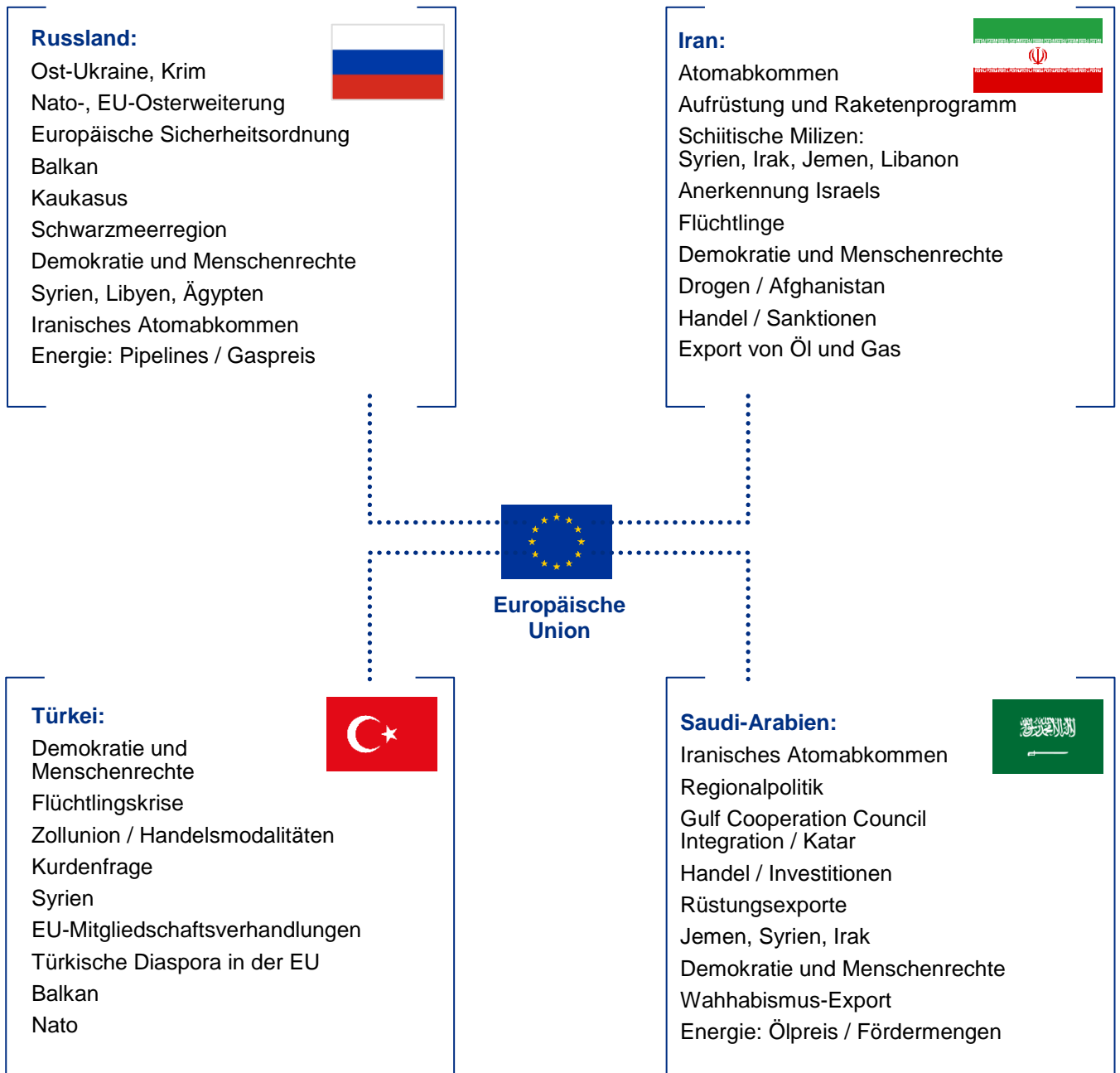
Ergänzt wird das saudische Bestreben, kooperative Beziehungen mit Russland aufzubauen, durch die diplomatischen Initiativen der Vereinigten Arabischen Emirate. Abu Dhabi vertieft ebenfalls seine Kooperation mit Moskau und ist dazu im Juni 2018 sogar eine „Strategische Partnerschaft“ mit Russland eingegangen. Dabei wollen die

VAE den Bemühungen des Rivalen Katar entgegenwirken, der ebenfalls seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Russland intensiviert.

Für Russland bietet das erstarkte Interesse Saudi-Arabiens, der VAE und Katars eine willkommene Gelegenheit, für Investitionen in die eigene Wirtschaft zu werben und Zugang zum Energiesektor und Militärbereich dieser Staaten zu erhalten. Wirtschaftspolitische Alternativen sind für Russland wegen der westlichen Sanktionen, verhängt wegen der russischen Annexion der Krimhalbinsel und dem Krieg in Teilen der Ostukraine, von strategischer Bedeutung. Die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und den VAE auf der einen und Katar auf der anderen Seite kommt Russland hier entgegen, da beide Seiten über Investitionszusagen ihrer Staatsfonds um die Gunst Moskaus buhlen, ohne eine eindeutige Positionierung des Kreml für ihre Belange einzufordern. Dazu dürfte Moskau im Sinne seiner „flexiblen Nahostpolitik“ auch kaum bereit sein. Darüber hinaus passt der Ausbau der politischen Beziehungen mit den arabischen Golfstaaten insgesamt, und mit Saudi-Arabien im Besonderen, in die grundsätzliche Strategie Russlands, den eigenen Einfluss zu festigen und auszuweiten sowie die Rolle und die Allianzen der USA zu schwächen. Ein neuer Aspekt in der Kooperation ist die engere Abstimmung zwischen Russland und der OPEC bei der Festsetzung von Erdöl-Fördermengen. Erstmals scheint tatsächlich durch die Gespräche zwischen Riad und Moskau eine koordinierte Politik zur Drosselung der Fördermengen erfolgreich zu sein.



**Themenlandkarte der EU mit den Nachbarn der Nachbarn: Russland, Türkei, Iran, Saudi-Arabien**



### 3 „Die Nachbarn der Nachbarn der EU“: Herausforderungen für die EU und ihre Mitgliedstaaten

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich bei der Formulierung ihrer politischen Strategien gegenüber Russland, der Türkei, Iran und Saudi-Arabien intensiver mit deren Werten, Interessen, Wahrnehmungen und Zielsetzungen auseinandersetzen. Dies gilt insbesondere für die Gestaltung der EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik auf dem Balkan, in Osteuropa, dem Schwarzmeergebiet und dem Mittelmeerraum – Regionen, die auch in der Nachbarschaft der genannten vier Schlüsselstaaten liegen. Für die Politikgestaltung ist dabei eine Reihe von Aspekten zu beachten:

1. **Die außen- und sicherheitspolitische Prioritätensetzung der Schlüsselstaaten ist stark an Maßgaben der eigenen Regimesicherheit orientiert:** die politischen Eliten in Russland, der Türkei, Iran und Saudi-Arabien sehen sich von äußeren und/oder inneren Feinden bedroht. Im Falle Russlands ist dies die vermeintliche Umzingelung durch „den Westen“, dem der Kreml zudem unterstellt, die „Farben-Revolutionen“ initiiert und unterstützt zu haben. In der Türkei sieht sich die Regierung seit dem Putsch 2016 insbesondere von der „Gülen-Bewegung“ bedroht und betrachtet die kurdischen Ambitionen in Nord-Syrien und Nord-Irak als Herausforderung für die territoriale Integrität der Türkei. Das Königshaus Saudi-Arabiens sieht sich durch die Ausweitung des iranischen Einflusses in der Region sowie durch die Stärkung islamistischer Strömungen im Zusammenhang mit dem „Arabischen Frühling“ herausgefordert. Irans Führung ist zwischen kompromissbereiten und ultra-konservativen Kräften gespalten und fürchtet zudem Bestrebungen der USA und ihrer Verbündeten, einen Regime-Wechsel in Teheran herbeizuführen.

Die Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten werden seitens der Schlüsselstaaten vor dem Hintergrund dieser „Bedrohungsszenarien“ analysiert. Für die politischen Führungskreise dort stellt sich die Frage, ob die EU und ihre Mitgliedstaaten die entsprechend wahrgenommene Bedrohungslage verschärfen, oder aber eine Möglichkeit bieten, die eigene Sicherheit zu erhöhen.

2. **Das außen- und sicherheitspolitische Denken in den Schlüsselstaaten wird zunehmend von machtpolitischen Kategorien** wie Einflussphären, hegemonialen Führungsansprüchen und Machtgleichgewichtssystemen geprägt. Internationale Beziehungen werden als ein Ringen um Macht und Einfluss gesehen, oft nach den Regeln eines Nullsummen-Spiels. Allianzen sind eher taktischer Natur und internationale Institutionen dienen in erster Linie der Durchsetzung nationaler Interessen und nicht einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Hervorzuheben ist, dass die Nutzung militärischer Kapazitäten zur Verfolgung und Durchsetzung politischer und geostrategischer Ziele ein wichtiges Element der Sicherheitspolitik aller vier Schlüsselstaaten ist. Militärische Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft sind vor diesem Hintergrund wesentliche Machtfaktoren.

Die Schwierigkeit der EU, in außen- und vor allem sicherheitspolitischen Fragen ein gemeinsames Profil zu entwickeln, führt dazu, dass aus Sicht der Schlüsselstaaten letztlich nur die großen EU-Mitgliedstaaten, vor allem Frankreich, das Noch-EU-Mitglied Großbritannien und teilweise Deutschland als sicherheitspolitische Akteure ernstgenommen werden. Als militärischer Faktor kommt die EU in den Kalkulationen der Schlüsselstaaten kaum vor. Hier spielen lediglich Frankreich und Großbritannien als Vetomächte des VN/UN-Sicherheitsrates und offizielle Besitzer von Atomwaffen eine Rolle.

Initiativen der EU, die darauf abzielen, soziale und wirtschaftliche Reformen, die Achtung von Menschenrechten und demokratischen politischen Praktiken in der östlichen und südlichen Nachbarschaft zu fördern, sind aus Sicht der Schlüsselstaaten machtpolitisch motiviert: In ihren Augen will die EU mit diesen „soft tools“ Druck auf aus EU-Sicht unliebsame Regime auslösen und Einfluss in der Region gewinnen. Dem Postulat einer normativ geleiteten europäischen Außenpolitik wird entgegengehalten, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diese Standards nur selektiv anwenden und zudem die vermeintlichen Werte der EU auch nach innen erodieren.

3. **Die Schlüsselstaaten sind an europäischen Investitionen und positiven Handelsbilanzen mit der EU interessiert:** Wenngleich Europa in den sicherheitspolitischen Kalkulationen der Schlüsselstaaten kaum ein Faktor ist – die EU und ihre Mitgliedstaaten sind als Wirtschaftsraum und potenzieller Partner für Handel, Investitionen und technologische Entwicklung ein sehr wichtiger Faktor für Russland, die Türkei, Saudi-Arabien und Iran. Für alle vier „Nachbarn der Nachbarn“ gehört die EU zu den wichtigen wirtschaftlichen Partnern. Dabei sticht vor allem der Außenhandel hervor. Auch für die Modernisierung der Volkswirtschaften der Schlüsselstaaten sind europäische Unternehmen als Investoren von Bedeutung. Folglich eröffnet das ökonomische und finanzielle Potential der EU außenpolitische Einflussmöglichkeiten. Dabei gilt es allerdings, die wachsende Konkurrenz Chinas zu berücksichtigen, dessen Führung nicht nach Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechten fragt.
4. Die EU-Nachbarschaft – divergierende Interessen:
- **Balkan:** Auf dem Balkan versucht der Kreml, nationalkonservative und orthodoxe Kräfte in Serbien, Nord-Mazedonien und der Republika Srpska zu stärken und an Russland zu binden. Mit Blick auf Serbien ist die Instrumentalisierung der Kosovo-Frage wirksam. Über Referenzen zu historischen Verbindungen sowie durch konkrete wirtschaftliche und politische Initiativen bemüht sich Ankara, Bosnien-Herzegowina stärker mit der Türkei zu verknüpfen. Auch Saudi-Arabien ist über den Bau von Moscheen auf dem Balkan präsent. Die Politik dieser Staaten steht somit in einer direkten Konkurrenz zu den Bemühungen der EU, demokratische und marktwirtschaftliche Reformen auf dem Balkan zu fördern und die sechs Balkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nord-Mazedonien und Serbien im Rahmen der Europäischen Erweiterungspolitik auf eine Mitgliedschaft in der EU vorzubereiten.
  - **Östliche EU-Nachbarschaft:** Die Östliche Partnerschaft („EaP“) der EU mit der Ukraine, Weißrussland, der Republik Moldau, Armenien, Georgien und Aserbaidschan steht in Konkurrenz zu Russlands Hegemonialpolitik. Moskau versteht dieses Format der Europäischen Nachbarschaftspolitik („ENP“) als Eindringen der EU in den postsowjetischen Raum, den Russland als „nahes Ausland“ betrachtet und dessen Staaten der Kreml nur eine begrenzte Souveränität zubilligt. Die russische Führung verfolgt eine Politik des Erhalts und der Schaffung von Zonen von Intransparenz, Korruption und schwacher Staatlichkeit, um damit die Assoziation der Länder des Südkaukasus, der Republik Moldau und der Ukraine mit der EU bzw. im Falle der Ukraine und Georgiens deren Nato-Beitritte zu verhindern. Diese Politik steht in Konflikt mit den Interessen der EU, die in derselben Nachbarschaft Modernisierung und Reformen unterstützt und Rechtsstaatlichkeit und „Gutes Regieren“ fördert – und den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Rahmen von Assoziierungs- oder Partnerschaftsabkommen die Möglichkeit zu mehr Kooperation oder europäischer Integration eröffnet.
  - **Südliche EU-Nachbarschaft:** Auch in den südlichen Nachbarregionen der EU, über Syrien, Irak und den Nahen Osten hinaus, spielen die Schlüsselstaaten eine wichtige Rolle. In Nordafrika unterstützen Russland, die Türkei, Saudi-Arabien und die EU unterschiedliche Akteure und konkurrieren um Einfluss: In Ägypten etwa bemüht sich Moskau über Kredite und Waffenlieferungen um eine Intensivierung der Beziehungen zu Präsident Fatah al-Sisi, der 2013 durch einen von Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützten Militärputsch an die Macht kam. Damals stürzte General al-Sisi den demokratisch gewählten Präsidenten Mursi, der den Muslim-Brüdern angehört und den die Türkei unterstützte. Trotz zweifelhafter Menschenrechtspolitik und Repressionen ist al-Sisi nun auch ein Partner der Europäer geworden, die ihrerseits die ägyptische Führung für das Begrenzen von Migration zu brauchen glauben. In Libyen setzt die EU noch auf Fayiz as-Sarradsch, der als Ministerpräsident eine fragile Einheitsregierung führt, die Ende 2015 auf Verhandlungen der Vereinten Nationen hin zustande kam. Russland hingegen unterstützt zusammen mit den VAE und Ägypten General Chalifa Haftar, einen der stärksten militärischen Akteure im libyschen Bürgerkrieg, der große Teile des Ostens Libyens kontrolliert und in Konkurrenz zur Regierung as-Sarradsch steht. Die Türkei indes unterstützt zusammen mit Katar die Partei für Gerechtigkeit und Aufbau, die den Muslim-Brüdern zuzuordnen ist.

Die EU-Nordafrika-Politik hat sich in den Anfangsjahren des „Arabischen Frühlings“ auf die Förderung politischer und wirtschaftlicher Transformation konzentriert. Mit islamistischen Anschlägen und zunehmenden Flucht- und Migrationsbewegungen ist eine Politik der Stärkung der „Resilienz staatlicher Strukturen“ in den Vordergrund getreten. Dieser Maxime werden normative Aspekte der europäischen Politik weitgehend untergeordnet. In der Praxis ist die europäische Politik in Nordafrika derzeit vor allem auf die Unterbindung

illegaler Migration über das Mittelmeer ausgerichtet und arbeitet dabei auch mit Führern und Akteuren zusammen, die sich Menschenrechtsverletzungen schuldig machen. Die EU läuft damit Gefahr, ähnlich wie die Schlüsselstaaten auf vermeintlich „starke Männer“ in der Region zu setzen, deren Macht vor allem von militärischer Stärke herrührt und nicht politisch legitimiert ist.

Unabhängig davon, welche konkreten inhaltlichen Ziele die EU in ihrer Nachbarschaft im Mittelmeerraum und in Osteuropa verfolgt, wird deutlich, dass eine EU-Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik nicht nur mit den Akteurs- und Interessenkonstellationen vor Ort umgehen, sondern auch die Einflussmöglichkeiten der Nachbarn der europäischen Nachbarschaft erfassen und analysieren muss. Das Interesse der Schlüsselstaaten an einer Gestaltung der gemeinsamen Nachbarschaft eröffnet den Akteuren vor Ort überdies taktische und manchmal auch strategische Optionen, mit denen sie ihre Verhandlungsposition gegenüber der EU stärken können.

5. Die in unterschiedlichem Maße autoritären politischen Systeme der vier Schlüsselstaaten erlauben den jeweiligen politischen Führern einen hohen Grad an **außenpolitischer Flexibilität**. Anders als im Fall der EU und ihrer Mitgliedstaaten können die Schlüsselstaaten außenpolitische Positionen und Freund-Feind-Beziehungen schnell und ohne größere innenpolitische Kosten verändern. Dies gilt für die Türkei weniger als für die anderen drei Schlüsselstaaten. Zudem spielen persönliche Faktoren wie etwa tatsächliche oder vermeintliche Kränkungen politischer Führer eine wichtige Rolle bei der Gestaltung außenpolitischer Beziehungen. Dabei gilt, dass die Personalisierung von Außenpolitik umso wichtiger wird, je schwächer ausgeprägt der institutionelle Unterbau ist. Die außen- und sicherheitspolitische Wandlungs- und Handlungsfähigkeit kommt jedoch dann an ihre Grenzen, wenn die wirtschaftlichen Kosten und menschlichen Verluste etwa im Zusammenhang von Militäroperationen wie seitens Irans und Russlands in Syrien, Saudi-Arabiens im Jemen oder Russlands in der Ukraine zu hoch werden.
6. Die USA scheinen sich derzeit unter **Präsident Donald Trump** endgültig von einer Außenpolitik zu verabschieden, die Multilateralismus und Interessensausgleich als wichtige Grundlagen anerkennt. Donald Trump stellt damit nicht nur die transatlantischen Beziehungen vor erhebliche Herausforderungen, sondern **bringt auch Russland, die Türkei, Saudi-Arabien und Iran zu einer Neubewertung der Rolle der USA**. Im Fall Irans hat der Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen, verbunden mit einer scharfen politischen Rhetorik und Sanktionen, das ohnehin bestehende Bedrohungsgefühl in Iran verschärft. Für Saudi-Arabien sind die USA zwar immer noch der wichtigste internationale Verbündete und Sicherheitsgarant, doch vertraut die Führung in Riad Präsident Trump nicht umfassend. Das Königshaus setzt wegen Trumps erratischer Außenpolitik zunehmend auf eigene sicherheitspolitische Prioritäten. Für die türkische Regionalpolitik sind die USA vor allem mit Blick auf das Vorgehen gegen die Kurden in Nord-Syrien von Bedeutung – doch Washingtons Kurdenpolitik schwankt zwischen militärischer Unterstützung und Nichtbeachtung, was Ankara verunsichert. Russland indes hat das strategische Vakuum gefüllt, das bereits unter der Obama-Administration im Nahen Osten entstanden war – und der Kreml dürfte diese Position bis auf weiteres auch nicht mehr hergeben.

Unter Präsident Trump werden die USA noch weniger als unter seinen Vorgängern bereit sein, mit der EU und ihren Mitgliedstaaten im Nahen Osten zu kooperieren und eine zumindest mit Blick auf die strategischen Grundsätze abgestimmte Politik gegenüber Ländern wie Russland und Saudi-Arabien zu betreiben. Besonders deutlich wird dies derzeit im Falle Irans und der amerikanischen Aufkündigung des Nuklearabkommens.

7. **Alle vier Schlüsselstaaten sind mit der eigenen Position im regionalen bzw. internationalen System unzufrieden:** Aus Sicht der russischen Führung gebührt Moskau eine führende Rolle in der europäischen und internationalen Sicherheitsordnung, die Russland aber von den Europäern und vor allem den USA vorenthalten wird; Iran sieht sich in der Rolle einer regionalen Ordnungsmacht in der Golfregion und in seiner weiteren Nachbarschaft. Beide teilen das Interesse daran, den Einfluss der USA international zurückzudrängen. Die Türkei erhebt im Sinne eines Neo-Osmanismus den Anspruch, eine regionale Zentralmacht zu sein; Saudi-Arabien betrachtet sich als Führungsmacht in der muslimisch-arabischen Welt und will diese Position verteidigen bzw. zurückerobern. Vor dem Hintergrund dieser Anspruchshaltungen kommt es gerade auch zwischen den Schlüsselstaaten zu Rivalitäten und Konflikten.

Diese Bestandsaufnahme soll eine erste Grundlage bieten, um für die EU und ihre Mitgliedstaaten Anknüpfungspunkte herauszuarbeiten, wie die Schlüsselstaaten ordnungspolitisch bei der Lösung von regionalen Problemen in der Nachbarschaft in die Pflicht genommen werden könnten. Drei erste Beispiele: (1) durch ein größeres Engagement der EU in den eingefrorenen Konflikten im Südkaukasus und in der Republik Moldau, wo Moskau im Moment eine dominante Rolle einnimmt – und durch weitere Initiative für eine friedliche, ungeteilte Ukraine anstatt eines fortwährenden Krieges auf niedriger Flamme; (2) durch Verhandlungen zwischen Russland und der EU mit Blick auf die Zukunft von Machthaber al-Assad in Syrien, wo Moskau zwar politischen Spielraum zur Durchsetzung seiner Interessen besitzt, aber zu wenig Ressourcen hat, um diesen Konflikt tatsächlich zu befrieden; (3) durch eine diplomatische Initiative der EU, Konflikte zwischen den Schlüsselstaaten Iran und Saudi-Arabien im Nahen Osten und der Golfregion durch ein System der Kooperation und Sicherheit einzuhegen.<sup>2</sup>

Welche weiterführenden konkreten Handlungsmöglichkeiten sich für die Europäische Union ergeben können, daran wird die Strategiegruppe „Schlüsselstaaten / Nachbarn der Nachbarn der EU“ in den kommenden Monaten weiterarbeiten und dieses Überblickspapier durch zusätzliche Policy Briefs ergänzen.

---

<sup>2</sup> Hanelt, C.-P., Koch, C., Mehr Frieden und Sicherheit in Nahost durch eine KSZ-Golf, Bertelsmann Stiftung, Juli 2015  
[http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/spotlight\\_02\\_2015\\_DT.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/spotlight_02_2015_DT.pdf)

## Anhang: Daten zu Schlüsselstaaten

Tabelle 1: Sozioökonomische Eckdaten

Land/ Daten	Bevölkerung, Stand Juli 2017, für EU 2016	Bevölkerungs- anteil der Altersgruppe 0-24	Prognose 2020	Bevölkerungs- prognose 2050	Human Development Index (HDI) (2015)	Bruttoin- lands- produkt (BIP) in Mio. USD 2017	BIP pro Kopf in USD, EU-28 in EUR	Durchschnittl. BIP Wachstumsrate (real) zum Vorjahr	Arbeits- losigkeit in %	Inflati- ons- rate in %	Erdgas- reserven in Mrd. m3, ge- schätzt	Erdölreserven in Mio. Barrel (BBL), geschätzt
					0 = niedrigster; 1 = höchster Wert		2017	2016-2017	2017, Saudi-Ara- bien 2016)	April 2018	Ranking 2017	Ranking 2017/ EU 2016
<b>Russland</b>	142.257.519	27,6 %	Prognose 2020	132.730.511	0,804	1.527.469	10.608	+1,55 %	5,2 %	2,8 %	Platz 1 47.800	Platz 8 80.000
<b>Türkei</b>	80.845.215	40,0 %		95.626.879	0,767	841.206	10.512	+7,05 %	11,0 %	11,4 %	Platz 77 18.490	Platz 54 389
<b>Saudi- Arabien</b>	28.571.770	37,5 %		45.056.349	0,847	683.827	21.120	-0,74 %	5,6 %	3,7 %	Platz 5 8.602	Platz 2 266.500
<b>Iran</b>	82.021.564	36,3 %		93.553.454	0,774	431.920	5.305	+ 3,46 %	13,1 %	12,1 %	Platz 2 33.500	Platz 4 158.400
<b>EU-28</b>	510.300.000	-		528.600.000	-	17.578.724	38.000 (32.700 EUR)	+2,48 %	7,7 %	1,9 %	Platz 23 1.300	Platz 22 5.600

### Quellen:

Worldometers <http://www.worldometers.info/world-population/iran-population/>  
 United Nations, DESA/Population Division, World Population Prospects, 2017 (Bevölkerungsanteil 0-24 J.) <http://www.un.org/en/development/desa/population/publications/database/index.shtml>  
 World Economic Outlook Database des Internationalen Währungsfonds (BIP) [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt)  
 CIA The World Factbook (Erdgas) <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2253rank.html>  
 CIA The World Factbook (Erdöl) <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2244rank.html>  
 Arbeitslosigkeit: Statista <https://de.statista.com> (Daten aus Eurostat und IMF)  
 Eurostat [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Population\\_structure\\_and\\_ageing/de](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Population_structure_and_ageing/de)  
 Human Development Index [http://www.hdr.undp.org/sites/default/files/2016\\_human\\_development\\_report.pdf](http://www.hdr.undp.org/sites/default/files/2016_human_development_report.pdf)  
 Doing Business (World Bank) <http://www.doingbusiness.org>  
 World Economic Outlook, April 2018, (Inflationsrate), <http://www.imf.org/external/databas/PCPIPCH@WEOWEOWORLD/DAVENUE>

**Tabelle 2: Politische Eckdaten**

Land/ Daten	Transformations-leis- tung gesamt lt. BTI 2018 / 2016	Politische Transfor- mation BTI 2018 / 2016	Wirtschaftliche Trans- formation BTI 2018 / 2016	Governance Index BTI 2018 / 2016	Freedom House Index Ranking (2018)	Pressefreiheit Ranking lt. Reporter ohne Grenzen (2018)	Korruptionswahrnehmungsin- dex Transparency International (2017)
	1 = niedrigster Wert 10 = höchster Wert	1 = niedrigster Wert 10 = höchster Wert	1 = niedrigster Wert 10 = höchster Wert	1 = niedrigster Wert 10 = höchster Wert	0=Least Free 100=Most Free	Platzierung in Rangliste von 180 Staaten	Platzierung in Rangliste von 180 Staaten
<b>Russland</b>	2018: 5.31 2016: 5.10	2018: 4.55 2016: 4.40	2018: 6.07 2016: 5.70	2018: 3.52 2016: 3.20	20/100	148	135
<b>Türkei</b>	2018: 6.17 2016: 7.30	2018: 5.55 2016: 7.30	2018: 6.79 2016: 7.40	2018: 4.72 2016: 6.10	Aggregate Score: 32/100	157	81
<b>Saudi- Arabien</b>	2018: 4.27 2016: 4.30	2018: 2.57 2016: 2.50	2018: 5.96 2016: 6.00	2018: 3.80 2016: 3.80	Aggregate Score: 7/100	169	57
<b>Iran</b>	2018: 3.15 2016: 3.00	2018: 2.92 2016: 3.00	2018: 3.39 2016: 3.00	2018: 2.85 2016: 2.70	Aggregate Score: 18/100	164	130

Quellen:

Transformation Index BTI, Bertelsmann Stiftung, <https://www.bti-project.org/de/startseite/>  
 Freedom in the World 2018, Freedom House <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2017>  
 Korruptionswahrnehmungsindex 2017, Transparency International <https://www.transparency.de/korruptionsindizes/cpi-2017/cpi-ranking-2017/>  
 Rangliste der Pressefreiheit 2018, Reporter ohne Grenzen <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2018/>

**Tabelle 3: Sicherheitspolitische Eckdaten**

Land/ Daten	Militärausgaben in Mio. USD in 2017	Anteil der Militärausgaben am Bruttoin- landsprodukt (BIP) 2017	Rüstungsexporte 2017 in SIPRI Trend Indicator Values (TIVs*) in Mio.	Rüstungsimpporte 2017 in SIPRI Trend Indicator Values (TIVs*) in Mio.
<b>Russland</b>	66.335	4,3 %	6.148	34
<b>Türkei</b>	18.190	2,2 %	244	410
<b>Saudi- Arabien</b>	69.413 (Schätzung)	10,3% (Schätzung)	-	4.111
<b>Iran</b>	14.548	3,1 %	10	4

(\*) SIPRI's trend-indicator value (TIV) is a measure of the volume of international transfers of major weapons. The method used to calculate TIV is described at <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Quellen:

SIPRI Military Expenditure Database <https://www.sipri.org/databases/milex>  
 SIPRI Importer / Exporter TIV Tables <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>  
 SIPRI Fact Sheet, Trends in World Military Expenditure, 2017, May 2018 [https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-05/sipri\\_fs\\_1805\\_milex\\_2017.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-05/sipri_fs_1805_milex_2017.pdf)  
 Measuring International Arms Transfers, SIPRI <https://www.sipri.org/sites/default/files/FS/SIPRIIFS1212.pdf>

#### **Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

**Christian-P. Hanelt**, Senior Expert Nahost – Programm Europas Zukunft  
Bertelsmann Stiftung  
Telefon +49 5241 81-81187  
Mobil +49 171 221 8261  
Email christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de

**Miriam Kosmehl**, Senior Expert Osteuropa – Programm Europas Zukunft  
Bertelsmann Stiftung  
Telefon +49 5241 81-81331  
Mobil +49 172 278 2234  
Email miriam.kosmehl@bertelsmann-stiftung.de

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)